



**BBU-Pressemitteilung**  
19.06.2019

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

## **BBU solidarisiert sich erneut mit der russischen Umweltorganisation Ecodefense**

(Bonn, Berlin, 19.06.2019) Nachdem Alexandra Korolewa, die Geschäftsführerin der russischen Umweltorganisation Ecodefense, in der Bundesrepublik Asyl beantragt hat, hat sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut mit der international engagierten russischen Umweltorganisation solidarisiert. Zuletzt hatte der BBU mit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Unterschriften für eine Solidaritäts-Petition gesammelt, die im Mai 2019 bei der Bundesumweltministerin Svenja Schulze eingereicht wurden.

<https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2019/05/06/solidaritaet-mit-ecodefense/>

Wie die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), die im BBU organisiert ist, und die Umweltorganisation „urgewald“ erfahren haben, haben die russischen Behörden am 30. Mai 2019 fünf Strafverfahren gegen Ecodefense eingeleitet; der Geschäftsführerin Alexandra Korolewa droht eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Heute am Mittwoch (19. Juni 2019) wurde bekannt, dass Alexandra Korolewa in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl beantragt hat.

Hintergrundinformationen der Tagesschau:

<https://www.tagesschau.de/inland/ecodefense-101.html>

Der BBU begrüßt und unterstützt eine Pressemitteilung, die die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg mit anderen Umweltorganisationen am Mittwoch (19.6.2019) aus Solidarität mit Ecodefense veröffentlicht hat.

Hier der vollständige Text der Pressemitteilung:

(Quelle: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2019/05/06/solidaritaet-mit-ecodefense>):

## **Russischer Staat will Umweltschützer mundtot machen**

Eine Woche nach den massenhaften Festnahmen von Regierungskritikern in Russland bedrohen die Behörden des Landes nun auch die renommierte NGO Ecodefense, eine der ältesten Umweltorganisationen des Landes. Wie die deutschen Partnerorganisationen Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) und urgewald erfuhren, haben die russischen Behörden am 30. Mai fünf Strafverfahren gegen Ecodefense eingeleitet, bei denen der Geschäftsführerin Alexandra Korolewa eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren droht. Heute wurde bekannt, dass Korolewa in Deutschland politisches Asyl beantragt hat.

Hintergrund des Verfahrens sind angeblich nicht erfüllte Auflagen im Rahmen des umstrittenen „Auslandsagenten“-Gesetzes. Mit dieser Einstufung von zivilgesellschaftlichen Organisationen versucht die russische Regierung die freie Arbeit missliebiger NGOs seit Jahren zu erschweren. Dass damit einhergehende Strafzahlungen von Ecodefense nicht gezahlt werden konnten, wollen die Behörden nun offenbar nutzen, um der Organisation die Arbeit endgültig unmöglich zu machen.

„Wir fordern, dass alle Strafverfahren gegen unsere Geschäftsführerin sofort eingestellt werden. Wenn Präsident Putin so große Angst vor unserer Arbeit hat, sollte er lieber die von uns aufgedeckten Umwelt- und Menschenrechtsskandale in Russland beenden“, fordert Vladimir Slivyak, Campaigner bei Ecodefense.

Katrin Ganswindt von urgewald fordert: „Wladimir Putin entlarvt sich abermals als ein Präsident, der mit Mitteln des Kalten Krieges agiert. Die deutsche Bundesregierung sollte nun alle diplomatischen Kanäle nutzen, um sich für den Schutz von Ecodefense einzusetzen.“

Kerstin Rudek von der BI Lüchow-Dannenberg fordert: „Wir verurteilen das durchschaubare Manöver des russischen Staats. Die Stigmatisierung von NGOs als ‚Auslandsagenten‘, die diese auch finanziell in den Ruin treibt, muss aufhören. Umweltschutz ist ein universelles Menschenrecht und wir kritisieren aufs Schärfste, dass Ecodefense in seiner Arbeit für eine lebenswerte Zukunft massiv vom russischen Staatsapparat behindert wird.“

Seit vielen Jahren setzt sich Ecodefense erfolgreich für Klimaschutz und gegen Atom- und Kohleprojekte in Russland und weltweit ein. 2013 führte eine Kampagne von Ecodefense dazu, dass der Neubau eines Atomkraftwerks in Kaliningrad verhindert wurde. In Deutschland wurde Ecodefense bekannt, als die NGO gemeinsam mit deutschen Umweltschutzgruppen den Export von Abfällen aus der Urananreicherungsanlage

URENCO (Gronau/Westfalen) nach Russland stoppte. In den vergangenen Monaten gelang es Ecodefense gemeinsam mit Partnern erstmals eine neue Kohlemine in der sibirischen Kohleregion Kusbass zu verhindern, wo Kohlefirmen immer wieder mit schweren Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen.

### Hintergrund:

Ecodefense wurde 1989 in Kaliningrad gegründet und setzt sich seitdem mit Studien, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit unter anderem gegen die Gefahren russischer Atomanlagen und Menschenrechtsverletzungen in den Kohleregionen des Landes ein. Den Status „Auslandsagentin“ zwangen die Behörden Ecodefense im Jahr 2014 auf. Hintergrund war die Arbeit der NGO gegen ein Atomkraftwerk in Kaliningrad. In einer mehrjährigen Kampagne überzeugten die Umweltschützer eine Reihe europäischer Investoren, kein Geld in den Bau des AKW zu stecken. Dies führte Mitte 2013 zum Einfrieren des Projekts.

Das russische Justizministerium eröffnete insgesamt 28 Strafverfahren gegen Ecodefense wegen Verstößen gegen die Auflagen des „Auslandsagenten“-Gesetzes. Die meisten davon endeten in Strafzahlungen, die sich insgesamt auf rund 30.000 Euro belaufen. Als gemeinnützige, nicht-kommerzielle Organisation konnte Ecodefense diese Summe nicht bezahlen.

Trotz der Schikanen arbeitete Ecodefense erfolgreich weiter. Unter anderem stoppte die NGO 2017 zusammen mit Partnern in Südafrika den Bau von acht russischen Atomreaktoren der Staatsfirma Rosatom, die dem Land große Sicherheits-, Umwelt- und Entsorgungsprobleme beschert hätten.  
Weitere Informationen:

Die deutschen NGOs werden Ecodefense beim anstehenden Rechtsstreit unterstützen. Wer sich beteiligen möchte, kann unter dem Stichwort „Ecodefense“ spenden:

- <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/spenden2/>
- <https://urgewald.org/spenden/formular>

Kontakte:

*Vladimir Slivyak, Campaigner Ecodefense:*  
+7 903 299 758 4, [ecodefense@protonmail.com](mailto:ecodefense@protonmail.com)

*Kerstin Rudek, BI Lüchow-Dannenberg:*  
+49 159 021 548 31, [kerstin.rudek@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:kerstin.rudek@bi-luechow-dannenberg.de)

*Moritz Schröder-Therre, Pressesprecher urgewald:*  
+49 176 640 799 65, [moritz@urgewald.org](mailto:moritz@urgewald.org)

+++++

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72). Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.